

Niederschrift

über die 9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 25.04.2013

Sitzungsort: Rathaus Heidmühle, Oldenburger Str. 29

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender
RM Thomas Eggers

stv. Ausschussvorsitzender
RM Bernhard Jongebloed

Ausschussmitglieder
RM Horst Herckelrath

Vertretung für Herrn RM Prof.-Dr. Hans
Günter Appel

RM Kirsten Kaderhandt

RM Elena Kloß

RM Dieter Köhn

RM Thomas Labeschautzki

RM Joachim Müller

Vertretung für Herrn RM Hans Müller

Von der Verwaltung nehmen teil:

Bürgermeister Gerhard Böhling

StD Anja Müller

BOAR Theodor Kramer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

3. Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 17.04.2013 - öffentlicher Teil

Die Genehmigung wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt, da die Niederschrift in Papierform noch nicht rechtzeitig vor Sitzung vorlag.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

6. Einführung eines zentralen Gebäudemanagements **SV-Nr. 11//0645**

StD Müller erläutert die Sitzungsvorlage bzw. den Konzeptentwurf. Auf Nachfrage von RM Labeschautzki teilt BOAR Kramer mit, dass sich die Pflegekosten für die anzuschaffende Software auf ca. 3.000 Euro/Jahr belaufen werden. Auf Nachfrage von RM Kloß ergänzt er, dass es keine Mietzahlungen im klassischen Sinne geben wird. Das Gebäudemanagement wird Ausgaben der Gebäudeunterhaltung direkt in das jeweilige Budget buchen, um eine genaue Kostenzuordnung zu gewährleisten.

Es ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Das von der Verwaltung erstellte und der Sitzungsvorlage beigefügte Konzept zur Einrichtung eines zentralen Gebäudemanagements wird anerkannt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung vorzunehmen.

Im 2. Nachtragshaushalt 2013 sind Mittel für die Anschaffung einer Software in Höhe von 40.000 Euro bereit zu stellen.

7. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen gestellt.